

**Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Grötzingen -**

Niederschrift Nr. 35

über die öffentliche Sitzung des **Ortschaftsrates**

am **13. Dezember 2017**

(Beginn 19:10 Uhr; Ende 22.15 Uhr)

im **Saal der Begegnungsstätte, Niddastr. 9**

Vorsitzende:

Ortsvorsteherin Karen EBrich

Zahl der anwesenden Mitglieder:

18

Zahl der Zuhörer:

21

Namen der **nicht anwesenden**
Ortschaftsräte

Urkundspersonen:

OSR Orthey , OSR Schmidt-Rohr

Schriftführer:

Hauptamtsleiter Jürgen Dehm

Sonstige Verhandlungsteilnehmer:

**Rechnungsamtsleiterin Margit Schönfeld
Bauamtsleiter Manfred Müller**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte die Vorsitzende fest, dass zu der Verhandlung durch Ladung vom **04.12.2017** ordnungsgemäß eingeladen wurde.

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 357. Fragen und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner
- 358. Neuverpachtung der Jagd zum 01.04.2018: Jagdpachtbezirke XIV und XV westlich und östlich der B 3 – Vorschlagsrecht des Ortschaftsrates
- 359. Sachstand Umbau Wehr und Mühlgraben
(Antrag der CDU-Fraktion)
- 360. Optimierung der Raumvermietung der Begegnungsstätte
- 361. Mobiliar für die Gaststätte „Grezzo“
hierzu auch
- 361a. Verwendung des Holztisches von Prochaska
(Antrag der FDP-Fraktion)
- 362. Radwegemarkierung Unterführung Kirchstraße
(Antrag der GLG-Fraktion)
- 363. Kreuzung Bruchwaldstraße –Werrabronner Straße – Durlacher Straße
(Antrag der GLG-Fraktion)
- 364. Fahrradständer am Friedhof Eingang West
(Antrag der SPD-Fraktion)
- 365. Abgabestelle für Komposterde am Friedhof Eingang West
(Antrag der SPD-Fraktion)
- 366. Bauanträge
- 367. Mitteilungen und Anfragen

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt die Ortsvorsteherin mit, sie werde den TOP „Mobiliar für die Gaststätte „Grezzo“ absetzen und den Bauantrag zur Außenanlagengestaltung der Schule unmittelbar nach dem Tagesordnungspunkt „Sachstand Umbau Wehr und Mühlgraben“ behandeln, damit Herr Dürr, Gartenbauamt, auch diese Planung vorstellen könne.

Zu Punkt 357 der TO: Fragen und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner

- a) Herr Westergom teilt mit, dass er der aktuelle Jagdpächter westlich der B 3 ist und Interesse an einer Weiterführung des Jagdpachtvertrages habe, falls sich der Ortschaftsrat für ihn ausspreche.
- b) Herr Sand führt aus, die Rechts-vor-Links-Regelung in der Eisenbahnstraße werde oft nicht beachtet, weshalb er anregt, die Beschilderung bei der Kirchstraßenunterführung auf die Eisenbahnstraße hin zu ändern, um ein sicheres Fahren zu gewährleisten. OVS Eßrich antwortet, die Straßenverkehrsbehörde beim Ordnungsamt sehe keinen Grund für eine Änderung, da noch nie ein schwerer Unfall passiert sei. Wenn etwas passiert, sei es zu spät, so Herr Sand. Die Ortsvorsteherin erläutert, dass immer wieder ein „Schilderwald“ beklagt werde. Die Ortsverwaltung habe den Sachverhalt schon mehrfach klären lassen. In Tempo-30-Zonen gelte rechts vor links.
- c) Herr Sand fragt, warum die Kirchstraße gesperrt wurde. Die Vorsitzende erklärt, es handle sich um eine Spielstraße, die als Durchgangsstraße genutzt wurde. Ein Durchfahren ist nicht mehr möglich. Herr Sand ergänzt, er würde eher in der Augustenburgstraße Maßnahmen ergreifen.
- d) Herr Sand erklärt, als junger Bürger sei er auf der Suche nach einem Bauplatz und fragt nach Neubaugebieten. Die Ortsvorsteherin sagt, die Planungen für das Neubaugebiet „Junge Hälden III“ seien abgeschlossen. Sie hoffe auf den Satzungsbeschluss in 2018, so dass Ende nächsten Jahres Bauplätze verkauft werden könnten.

Zu Punkt 358 der TO: Neuverpachtung der Jagd zum 01.04.2018: Jagdpachtbezirke XIV und XV westlich und östlich der B 3 – Vorschlagsrecht des Ortschaftsrates

OVS Eßrich begrüßt Herrn Gierth, Leiter des Liegenschaftsamtes, und seine für die Jagdverpachtung zuständige Mitarbeiterin, Frau Ewen.

Herr Gierth teilt mit, sie seien auf Anregung der Ortsverwaltung zum Thema Jagdverpachtung gekommen. Eine Beteiligung des Ortschaftsrates sei weiterhin gegeben, auch wenn er eigentlich mit einem Satz sagen könnte, „es ist alles schon geklärt“, was zu 90 % richtig wäre.

Er informiert, dass ein neues Gesetz, nämlich das Jagd- und Wildtiermanagementgesetz, das Landesjagdgesetz im November 2014 abgelöst habe. Viele Aufgaben seien auf die Jagdgemeinschaft übergegangen, die sich automatisch durch die Grundstückseigentümer in diesem Bereich gebildet habe. Für die Jäger bringe das neue Gesetz viele Veränderungen. Nicht geändert habe sich, dass der Vertrag mit untadeligen Jagdpächtern nach neuen Rahmenbedingungen verlängert werde, wenn diese zu einer Verlängerung bereit sind.

Herr Gierth gibt zur Kenntnis, dass voraussichtlich in der nächsten Woche Ausschreibungen von einigen Jagdbezirken veröffentlicht werden sollen; Grötzingen sei da allerdings nicht dabei, da die vorherigen Pächter die Pacht verlängern möchten.

OSR Jäger bedankt sich für die einleitenden Worte und macht darauf aufmerksam, dass sich vor zehn Jahren der Ortschaftsrat schon recht früh vor dem Gemeinderatsbeschluss mit der Jagdverpachtung beschäftigt hat. Sie interessiert sich für die Preisentwicklung der Jagd und die Veränderungen im Gesetz.

OSR Tamm möchte wissen, welche Auflagen Jagdpächter zu erfüllen haben, um das Publikum zu schützen. Vor etwa zwei Jahren sei er auf seiner Joggingrunde im Bruchwald gewesen und ohne, dass Schilder aufgestellt waren, sei in einer Entfernung von etwa vier Metern geschossen worden.

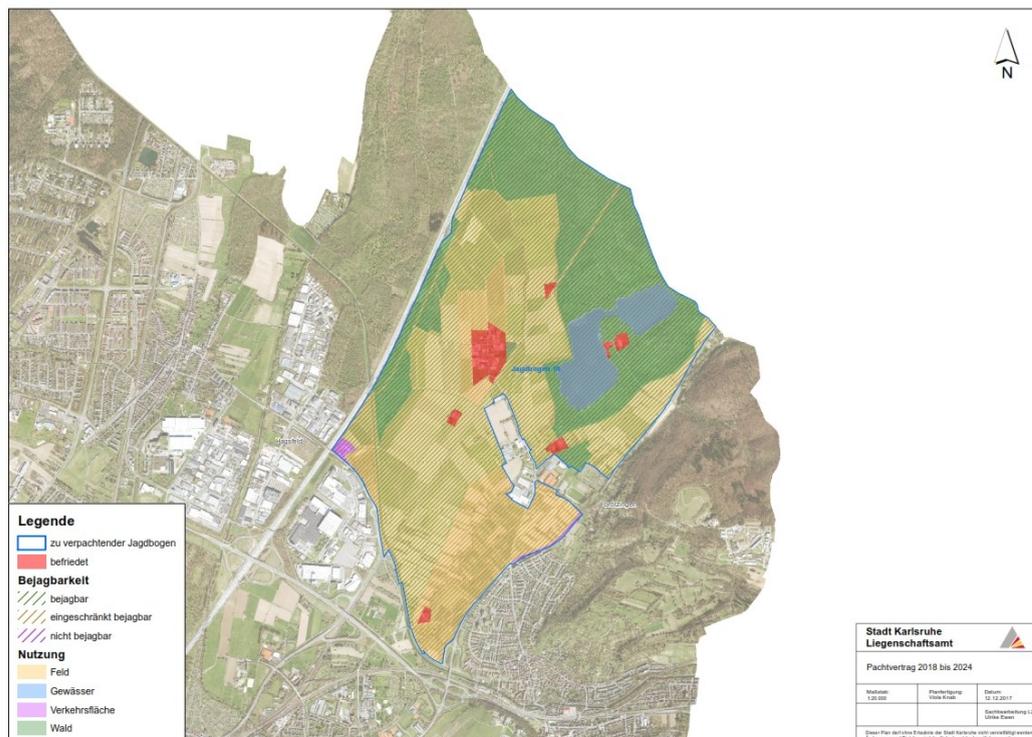
Herr Siegrist fragt, ob das Jagdpachtrecht vererbbar ist. Herr Gierrth antwortet direkt, dass dies nicht der Fall sei, Grötzingen aber auch keine Sorgen mit den Pächtern habe.

OSR Schuhmacher interessiert, ob sich an der Pachtzeit etwas geändert hat.

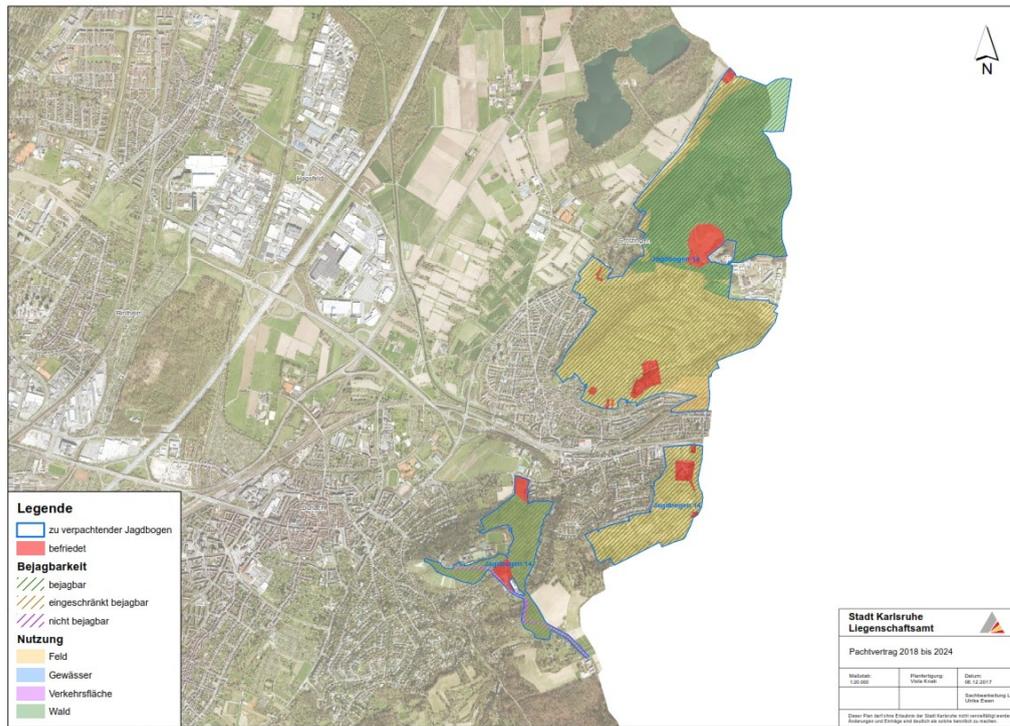
Herr Gierrth antwortet, sein Amt sei die verpachtende Stelle, nicht die Jagdaufsicht, die vom - inzwischen ausgegliederten - städtischen Forstamt wahrgenommen werde. Die Pachtzeit wurde durch den Gesetzgeber auf sechs Jahre verkürzt. Die Jagdgenossenschaft soll mehr beteiligt werden, um unter anderem Belange des Naturschutzes und des Artenschutzes in kürzeren Zeiträumen überprüfen zu können. Angaben zum Pachtzins bzw. dessen Entwicklung müsse er nachliefern.

Was die Änderungen des Gesetzes anbelangt, fragt Herr Gierrth, wie detailliert die Angaben notwendig seien. Er könne eine Synopse von etwa 20 bis 25 Seiten vorlegen, aus der generell die deutlichen Verbesserungen des Arten- und Naturschutzes und die bessere Einbeziehung der Jagdgenossenschaft ersichtlich sind. Außerdem könne man daraus entnehmen, dass es Abschusspläne nicht mehr gibt und die Pachtzeit verkürzt wird.

OVS EBrich betont, sie habe hinsichtlich der Grötzinger Jagdpächter nur Gutes gehört. Auf Rückfrage von OSR Schuhmacher erläutert die Vorsitzende, dass ein Votum des Ortschaftsrates nicht notwendig ist.



Jagdbogen westlich der Bundesstraße 3 (Neue Bezeichnung Jagdbogen 10)



Jagdbogen östlich der Bundesstraße 3 (Neue Bezeichnung Jagdbogen 14)

Zu Punkt 359 der TO: Sachstand Umbau Wehr und Mühlgraben (Antrag der CDU-Fraktion)

Die CDU-Fraktion hat beantragt:

Das Wehr An der Pfinz/Im Feindhag und der Mühlgraben haben derzeit keine Funktion mehr. Auch sind die umgebenden Anlagen in keinem attraktiven Zustand. Dazu gab es schon diverse Anträge im Ortschaftsrat auch seitens der CDU-Fraktion. Es fanden auch schon vor Ort Begehungen mit den betroffenen Ämtern statt und eine Überplanung und Umbau wurde uns in Aussicht gestellt.

Die CDU beantragt einen Sachstandsbericht bezüglich Umbau des Wehrs An der Pfinz/Im Feindhag und des Mühlgrabens. Die geplanten Maßnahmen und deren Umsetzung sollen im Ortschaftsrat vorgestellt werden.

Behandlung im Ortschaftsrat:

Die Vorsitzende begrüßt Frau Sophie Lefort, Regierungspräsidium Karlsruhe, und Herrn Martin Gerschitzka, Ingenieurbüro Dr. Gebler, Walzbachtal.

Frau Lefort führt aus, sie sei im Landesbetrieb Gewässer des Regierungspräsidiums für den Hochwasserschutz zuständig. Seit 2012 stehe der Mühlgraben trocken, da das Wehr gefallen sei. Eine Wasserkraftnutzung finde nicht statt. Von Seiten Ihrer Dienststelle bestehe kein Grund, ein neues Wehr herzustellen. Um eine ökologische Gewässerdurchgängigkeit wiederherzustellen, wurde das Ingenieurbüro Dr. Gebler mit einer Planung beauftragt.

Herr Gerschitzka beschreibt die Ausgangslage, dass die Wehranlage nicht in Betrieb ist und die Pfinz für Fische überquerbar umgestaltet werden soll. Die ökologische Durchgängigkeit soll durch die Herstellung einer Sohlgleite erreicht werden. Ein großer Höhengsprung soll durch mehrere kleinere Höhengsprünge ersetzt werden. Das wolle man dadurch erreichen, dass in die Pfinz an verschiedenen Stellen große Steine gestellt werden. Bei hohem Wasserstand und Hochwasser werde alles überspült und überschwemmt. Also funktioniere das System auch bei Hochwasser.

In der Planung seien verschiedene Punkte zu berücksichtigen gewesen:

- das Wehr müsse zum großen Teil entfernt werden
- auf der linken (Süd-)Seite müsse eine Mauervorsicherung durch Rohrpfähle erfolgen
- auf der rechten (Nord-)Seite müsse die Mauer zum großen Teil entfernt werden
- an der Oberseite sei eine kleine Stützwand notwendig. Die obere Böschung werde begrünt.
- zur Sohlengleite sei eine Zugangsmöglichkeit notwendig, daher werde von der Straße An der Pfinz eine Unterhaltungszufahrt ausgeführt, um mit einem Fahrzeug zum Bauwerk zu kommen

Zum Zeitplan gibt Frau Lefort an, das Regierungspräsidium wolle demnächst die Planung einreichen und sie hoffe, 2018 schon bauen zu können. Sie teilt mit, dass der Mühlgraben deshalb trocken liege, weil die Pfinz zu tief sei. Um Wasser im Mühlgraben wieder führen zu können, müsste der Wasserstand erhöht werden. Außerdem gebe es Vorgaben, wie hoch die Höhenunterschiede sein dürfen. Sie ist erfreut darüber, dass eine nicht so hohe Distanz zu überwinden ist wie früher.

Auf die Frage von OVS EBrich, ob Bäume gefällt werden müssen, erklärt Frau Lefort, sie hoffe, dass möglichst wenige gefällt werden müssen. Bis 31. Januar 2018 wolle sie die entsprechenden Flächen ausschreiben.

OSR Schuhmacher führt aus, die Fische würden die Veränderungen freuen, bei den Menschen in Grötzingen sei er sich nicht so sicher. Es handle sich um ein riesiges Bauwerk. Er möchte wissen, wie die Unterhaltungszufahrt ausgearbeitet werden soll. Er bedauert, dass der Wunsch des Ortschaftsrates, das Mühlenwehr möge wieder Wasser führen, nicht berücksichtigt werden konnte. Ihn interessiert noch, wie die Baumaßnahme durchgeführt werden und wie der Bauablauf sein solle. Er möchte wissen, ob auf Niedrigwasser gewartet werde und ob abgesperrt werden soll. Außerdem interessiert ihn, ob weitere Eingriffe in Grötzingen geplant seien. Herr Gerschitzka antwortet, mit dem Bagger würden im Sommer Steine gesetzt, da in dieser Jahreszeit üblicherweise niedrige Wasserstände herrschten. Die Unterhaltungszufahrt sei asphaltiert geplant. Man habe auch überlegt, ob dies auch in Pflaster möglich wäre, das wäre aber aufwändiger und teurer. Frau Lefort ergänzt, in Grötzingen sei dies als einzige Maßnahme vorgesehen.

OSR Hauswirth-Metzger heißt die Pläne für gut. Sie fragt, ob die Stützwände mit angefasst werden müssen. Eine Ausführung der Unterhaltungszufahrt mit Pflastersteinen, so OSR Hauswirth-Metzger weiter, würde sie begrüßen. Dazu interessiert sie, ob die Zufahrt von der Straße An der Pfinz her abgesperrt werde. Darüber hinaus möchte sie wissen, ob alle Leitungen, die im Mühlgraben enden, berücksichtigt worden seien. Sie erkundigt sich, ob bei einem Hochwasser die Ufermauer und auch die Zufahrt überschwemmt seien. Herr Gerschitzka sagt, die Situation werde leicht besser werden. Was die Einleitung von Flüssigkeiten anbelangt, ist Herrn Gerschitzka nur der Regenwasserkanal bekannt. Frau Lefort ergänzt, es bestehe die Gefahr, dass die rechte Uferwand bei Hochwasser überströmt werde. Die Wand solle daher nach Abschluss der Bauarbeiten saniert werden. Herr Gerschitzka teilt noch mit, dass die Zufahrt mit Pollern abgesperrt werden soll.

OSR Pepper begrüßt, dass die schwierige Situation naturnah angegangen werde. Sie interessiert, welchen Einfluss die Baumaßnahme auf den Straßenverkehr haben werde. Eine naturnahe Umgestaltung weiterer Bereich der Pfinz wäre im Sinne der CDU-Fraktion. Der jetzige Einstieg sollte weitergehen. OSR Pepper möchte wissen, ob die Durchlässigkeit der Pfinz Richtung Durlach erhalten bleibe, was bejaht wird. Sie macht darauf aufmerksam, dass Zuschüsse aus einem städtebaulichen Förderprogramm 2019 beantragt werden sollen und fragt, ob die Planungen diesbezüglich verlängert würden.

Herr Gerschitzka antwortet, während der etwa viermonatigen Baumaßnahmen werde es Einschränkungen beim Straßenverkehr geben. Es sei die halbseitige Sperrung der Straße An der Pfinz geplant. Außerdem erfolge die Baustelleneinrichtung auf den direkt angrenzenden Flächen. Er bekräftigt, dass es sich um die einzige ökologische Maßnahme in Grötzingen han-

delt. Möglicherweise könnten nach einem Monitoring bei Bedarf weitere ökologische Maßnahmen durchgeführt werden.

OSR Siegrist kritisiert, dass man jetzt schon kurz vor der Ausschreibung stehe, die Maßnahme hätte früher vorgestellt werden sollen. Eine optische Verschönerung wäre seines Erachtens schön gewesen.

OSR Ritzel sagt, die Optik werde verbessert, da das Wehr aktuell höchstens als Industriedenkmal anzusehen sei. Von der Sache her sehe er ein, dass der Mühlgraben künftig kein Wasser mehr führen könne.

OSR Umstädter möchte wissen, was gewartet bzw. unterhalten werden müsse, da eine ausdrückliche Unterhaltungszufahrt geschaffen werde.

Frau Lefort antwortet, es handele sich um eine Wartung am Bauwerk. Äste und andere Gegenstände könnten sich verhaken. Die Rampe solle für Hochwasserfälle geräumt sein.

Die Frage von OSR Fettig nach den Kosten der Maßnahme beantwortet Frau Lefort mit 425.000 Euro. OSR Fettig möchte wissen, da flussabwärts offenbar keine weiteren Planungen vorgenommen werden, wie die Grötzingener Bevölkerung dem Fluss begegnen könne. Diesen Aspekt finde er in der vorgestellten Planung nicht. Hierzu verweist Frau Lefort an Herrn Dürr vom Gartenbauamt der Stadt. Die höherliegenden Bereiche würden jedoch für die Öffentlichkeit gestaltet.

Auf die Frage von OVS EBrich, ob im Genehmigungsverfahren die Öffentlichkeit beteiligt werde, antwortet Frau Lefort, Genehmigungsbehörde sei der Zentrale Juristische Dienst der Stadt Karlsruhe.

OSR Schuhmacher möchte wissen, wie der Ortschaftsrat auf die Planung Einfluss nehmen könne, so habe er beispielsweise den Wunsch nach Ausgestaltung des Unterhaltsweges durch Pflastersteine.

Herr Dürr, Gartenbauamt, stellt sein Konzept für den Mühlgraben vor. Er betont, dass es sich dabei um erste Ideen handele. Es sollen Sitzstufen ausgebildet werden. Außerdem ist die Neupflanzung von Bäumen als teilweiser Ausgleich für wegfallende Bäume vorgesehen. Der Steg stelle nach wie vor einen wichtigen Zugang zu den Einkaufsmärkten dar. Die Hecke zur Straße An der Pfinz soll östlich des Steges weitergeführt werden, aber wegen der sozialen Kontrolle offener. Am Mühlgraben soll man künftig entlanglaufen können. Dazu sollten gut zwei Meter aufgefüllt werden. Dabei werde ein Gefälle nach Osten ausgebildet. Zur historisierenden, erinnernden Gestaltung könnte auch eine Heimatinformationstafel aufgestellt werden. Die Maßnahme solle im Rahmen der Sanierungsförderung der Ortsmitte ca. 2019/20 umgesetzt werden.

OSR Ritzel äußert, der Mühlgraben werde dadurch eine Aufwertung erfahren. Seines Erachtens sollte man sich Gedanken machen, ob man Radfahrer mit einbeziehen könne. Er begrüßt den Vorschlag, eine weitere Stele des Knab'schen Historischen Rundgangs aufzustellen.

OSR Schuhmacher möchte wissen, wie das Bauwerk und der Zugang aussehen werden, bis die Grünmaßnahme umgesetzt werden. Herr Dürr antwortet, wegen des Zufahrtsbereichs sei man zwangsläufig im Gespräch mit dem Regierungspräsidium. Die Stadt strebe an, dass das unmittelbare Bauwerk Hand in Hand grün gestaltet werden könne. Der Mühlgraben komme dann später; die Förderung solle nicht verschenkt werden.

OSR Irmischer sagt, er habe die Worte von Herrn Dürr zwar gehört, sei aber nicht überzeugt, dass der Ort das bekomme, was Herr Dürr vorgestellt habe. Er bittet die Ortsvorsteherin um Abstimmung über die Gestaltung der Zufahrtsstraße.

OSR Hauswirth-Metzger interessiert, ob der Ortschaftsrat die Pläne zur Verfügung gestellt bekommen könne. Außerdem möchte sie wissen, wie lange Anregungen gegeben werden können und ob die Mauer am Mühlgraben zurückgebaut werde.

Herr Dürr antwortet, die Powerpoint-Folien verbleiben bei der Ortsverwaltung. Er könne sie auch als PDF-Datei an die Ortsvorsteherin geben. Die Mauer begrenze teilweise auch Privatanlieger. Dazu seien statische Erfordernisse zu prüfen. Seines Erachtens müsse noch erlebbar

sein, dass da vorher etwas war. Ein großer Wassersammler komme wohl noch aus dem Quartier Im Gässle heraus; dieses Wasser müsse der Pfinz noch zugeführt werden.

Für das Ende des Mühlgrabens bei der Sparkasse müsse noch eine gute Lösung gefunden werden. Radfahrer, so Herr Dürr weiter, sollten auf der Straße belassen werden; sie in den Mühlgraben hineinzunehmen, nehme der Sache den Charme.

OSR Pepper betont, den Aspekt der Radfahrer hätte sie ebenso gesehen. Ihres Erachtens passe die Grundrichtung der Konzeption. Die Übergänge müssten sauber und ansprechend gelöst werden. Sie hoffe, dass die Zeitschiene eingehalten werden kann, so dass eine schnelle Gestaltung dieses Bereiches umgesetzt werde.

Beschluss:

Der Ortschaftsrat beschließt mit 17 Ja-Stimmen und einer Enthaltung, dass der Unterhaltungsweg durch einen geeigneten Bodenbelag oder Pflaster, z. B. Rasenpflaster, funktional, ökologisch wirksam und gestalterisch ansprechend gestaltet werden soll.

Im Übrigen nimmt das Gremium einstimmig die Planungen des Regierungspräsidiums für die Umgestaltung der Pfinz und des Gartenbauamts für den Mühlgraben zustimmend zur Kenntnis.

Zu Punkt 360 der TO: Optimierung der Raumvermietung der Begegnungsstätte

Die Stadt- bzw. Ortsverwaltung als auch der Pächter der Begegnungsstätte haben ein vorrangiges Belegungsrecht für den Saal als auch den Augusta- und Niddaraum der Begegnungsstätte.

Dies führt in den letzten Monaten zu verstärkten Komplikationen bei der Vermietung bis hin zu Absagen:

- Seit Beginn der Sanierung des Rathauses werden insbesondere an den Wochenenden, aber auch während der Woche der Augusta- und der Niddaraum als Trauort genutzt.
- Der Pächter erfreut sich einer immer stärker werdenden Beliebtheit und ist zunehmend auf die beiden Räume als Nebenzimmer angewiesen.
- Das Neue Hoftheater Grötzingen hat in den letzten Jahren seine Anzahl von Produktionen verstärkt und professionalisiert. Da der Schlosshof der Augustenburg als Spielstätte weggefallen ist, wurde die Mehrheit der Spieltage in die Begegnungsstätte verlagert. Da sich die hohe Qualität der Produktionen rumgesprochen hat, verzeichnet auch das Neue Hoftheater Grötzingen häufig ausverkaufte Veranstaltungen. Der Verein bestätigt, dass mehr Spieltage angeboten werden könnten, diese aber aufgrund der Auslastung des Raumes nicht möglich sind (vorrangige Buchungen, zeitlich hoher Aufwand des An- und Aufbaus der Bühnenausstattung und –technik usw.)
- Im nächsten Jahr muss im Niddaraum auch ein zweiter Fluchtweg hergestellt werden, so dass der Raum für mehrere Tage nicht genutzt werden kann.

Um nun eine Optimierung und bessere Auslastung aller Räume hinzubekommen, schlägt die Verwaltung eine anteilige Vermietung des Saals an Vereine vor, sofern der Niddaraum nicht vermietet werden kann bzw. eine höhere Besucheranzahl für die Veranstaltung erwartet wird. Die Mietsätze würden sich an der Entgeltordnung orientieren:

Varianten:

1. Personenanzahl max. 80: wie Niddaraum
2. Personenzahl max 160: 1/3 des Entgelt des Saals

Behandlung im Ortschaftsrat:

OVS Eßrich informiert, dass die CDU-Fraktion auch schon einen Antrag gestellt hat, der Anfang nächsten Jahres behandelt werden soll. Die Begegnungsstätte werde gut genutzt, so dass es bereits Abwanderungsgedanken das Neuen Grötzingen Hoftheaters gebe. Sie verweist auf die Vorlage. Vereine könnten dann Festivitäten im Saal mit einer geringeren Fläche vornehmen.

Beschluss:

Der Ortschaftsrat billigt einstimmig eine flexible Handhabung der Vermietung des Saales der Begegnungsstätte.

Zu Punkt 361 der TO: **Mobiliar für die Gaststätte „Grezzo“**

Hierzu auch

**Zu Punkt 361 a der TO: **Verwendung des Holztisches von Prochaska
(Antrag der FDP-Fraktion)****

Die Tagesordnungspunkte werden abgesetzt.

**Zu Punkt 362 der TO: **Radwegemarkierung Unterführung Kirchstraße
(Antrag der GLG-Fraktion)****

Die GLG-Fraktion hat geschrieben:

Die Kirchstraßenunterführung wird sowohl von Fußgängern als auch Radfahrern sehr viel und gleichzeitig begangen bzw. befahren. Zur Erhöhung der Sicherheit für die gemeinsame Nutzung durch die verschiedenen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, wäre vielleicht ein Schild oder eine Markierung sinnvoll, welche diese gemeinsame Nutzung kenntlich machen.

Wir beantragen daher:

Die zuständigen Behörden sollen sich die Situation anschauen und entsprechende Vorschläge machen, wie die gemeinsame Nutzung der Unterführung von Fußgängern und Radfahrern sicherer gemacht werden kann.

Birgit Hauswirth-Metzger
(Fraktionsvorsitzende GLG)

Stellungnahme der Ortsverwaltung:

Das Ordnungs- und Bürgeramt teilt mit:

Um die gemeinsame Nutzung der Kirchstraßenunterführung von Fußgängern und Radfahrern sicherer zu gestalten, wird mittels einer Markierung die Unterführung in einen Radfahr- und einen Fußgängerbereich unterteilt.

Der Radweg wird auf der Seite zur Fahrbahn hin eingerichtet. Hierzu wird eine entsprechende Beschilderung mit Hinweis auf die Gegenläufigkeit des Radwegs angebracht.

Die Pfosten an beiden Eingängen der Unterführung werden entfernt, um keine Gefahrstelle für die Radfahrenden zu schaffen.

Die Maßnahme wird durch die Straßenverkehrsstelle angeordnet und durch das Tiefbauamt umgesetzt. Witterungsbedingt kann es dabei zu Verzögerungen kommen.

Behandlung im Ortschaftsrat:

OSR Hauswirth-Metzger äußert, ihre Fraktion habe sich gefreut, dass die Straßenverkehrsbe-

hörde eine sichtbare Trennung von Fußgängern und Radfahrern umsetzen möchte. OSR Weingärtner betont, das Thema sei im Rat vor Jahren schon behandelt worden. Da die Fußgängertreppe genau auf den Radweg stoßen würde, sei eine Trennung von Fußgängern und Radfahrern abgelehnt worden. Sie fragt, was sich seither geändert habe. OSR Siegrist bestätigt die Ausführungen seiner Vorrednerin.

OSR Umstädter bringt zum Ausdruck, dass ihn der Antrag in mehrfacher Hinsicht verärgert habe. Ein aufgeteilter Radweg verleite eher zum schnellen Fahren. Dies sei extrem gefährlich vom Martin-Luther-Platz her. Die Pfosten müssten auf der Nichtfahrbahnseite entfernt werden. Durch eine gemeinsame Nutzung werde langsamer gefahren. Er verstehe nicht, warum die Straßenverkehrsbehörde aktiv wurde. Die Angelegenheit sollte vorher im Rat behandelt werden. Das Ordnungsamt sollte erst den Ortschaftsrat anhören, um zu hören, was dieser denkt. Er bittet die Ortsvorsteherin, entgegen zu wirken.

OVS EBrich stellt klar, dass jede Verkehrsentscheidung eine Verwaltungs- und keine politische Entscheidung darstellt. Die Ortsverwaltung gibt alle Anfragen, auch von Bürgern, an das Ordnungsamt weiter, das nach geltendem Recht entscheidet. Die GLG-Fraktion hatte zuerst etwas anderes beantragt, nun sei die Frage verwaltungsrechtlich entschieden.

OSR Hauswirth-Metzger interessiert, was passiere, wenn die Anordnung vom Gremium abgelehnt werde.

Die Ortsvorsteherin sagt zu, die Verkehrsbehörde zu bitten, über den ursprünglichen Antrag bei der nächsten Verkehrsbegehung befinden zu lassen, der eine Prüfung zum Inhalt hat, welche Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation bestehen.

Beschluss:

Der Ortschaftsrat beschließt mit 15 Ja- und drei Nein-Stimmen, dass sich die zuständigen Behörden die Situation anschauen und entsprechende Vorschläge machen sollen, wie die gemeinsame Nutzung der Unterführung von Fußgängern und Radfahrern sicherer gemacht werden kann.

Zu Punkt 363 der TO: Kreuzung Bruchwaldstraße – Werrabronner Straße - Durlacher Straße (Antrag der GLG-Fraktion)

Die GLG-Fraktion hat beantragt:

An der Kreuzung Bruchwaldstraße – Durlacher Straße – Werrabronner Straße kommt es häufig zu folgendem Fehlverhalten: Verkehrsteilnehmer, die aus der Durlacher Straße Richtung Ampel abbiegen, nehmen Verkehrsteilnehmern, die auf der Vorfahrtsstraße von der Ampel kommend und nach links in die Werrabronner Straße abbiegen wollen, die Vorfahrt.

Wahrscheinlich irritiert die schräge und leicht versetzte Anordnung der Straßen in dieser Kreuzung, die Vorfahrtregelung wird dadurch nicht eindeutig erkannt, zumal Wartelinien auf den nicht vofahrtsberechtigten Straßen fehlen.

Wir beantragen daher:

Es sollen Maßnahmen ergriffen werden, durch welche die Vorfahrtsregelung dieser Kreuzung eindeutig erkennbar wird – unabhängig davon, dass es sich um eine Tempo 30 Zone handelt. (Siehe VwV der StVO §8 Punkt 6c)

Stellungnahme der Ortsverwaltung:

Das Ordnungs- und Bürgeramt schreibt dazu:

Der Antrag der Grünen Liste Grötzingen wurde in der letzten Besprechung der Verkehrsrunde, dem Gremium der mit Verkehrsangelegenheiten befassten Fachdienststellen, erörtert.

Hiernach wird kein Handlungsbedarf gesehen.

Die Vorfahrt an der Kreuzung Bruchwaldstraße/Werrabronner Straße/Durlacher Straße ist innerhalb der bestehenden Tempo-30-Zone durch Verkehrszeichen positiv/negativ geregelt. An allen Zufahrten zur Kreuzung sind die entsprechenden Verkehrszeichen "Vorfahrt" beziehungsweise "Vorfahrt gewähren" aufgestellt.

Die Teilnehmenden der Verkehrsrunde waren einstimmig der Auffassung, dass die Vorfahrtsregelung an der Kreuzung damit eindeutig erkennbar ist. Eine Auswertung der Unfalllage ergab, dass sich im Zeitraum vom 1. Januar 2013 bis 30. September 2017 insgesamt lediglich zwei Verkehrsunfälle mit Unfallursache Einbiegen/Kreuzen ereignet haben. Die dortige Situation ist demzufolge vollkommen unauffällig und rechtfertigt keine besonderen Maßnahmen. Die Verkehrsrunde sieht in diesem Fall keinen Handlungsbedarf.

Die VwV-StVO zu § 8 Punkt 6 c bezieht sich auf Kreuzungen mit Rechts-vor-Links-Regelung, die im vorliegenden Fall nicht zutrifft.

Behandlung im Ortschaftsrat:

OSR Hauswirth-Metzger bringt zum Ausdruck, ihre Fraktion habe durch eine Wartelinie sichtbar machen wollen, dass man sich in der Durlacher und Werrabronner Straße auf einer „Vorfahrt achten“-Straße befindet.

OVS EBrich versichert, die Ortsverwaltung werde dieses Thema ebenso bei der nächsten Verkehrsschau ansprechen.

Zu Punkt 364 der TO: **Fahrradständer am Friedhof Eingang West **(Antrag der SPD-Fraktion)****

Die SPD-Fraktion hat geschrieben:

Die Ortsverwaltung wird beauftragt, im Bereich der Parkplätze am Friedhof Grötzingen (Eingang Westseite) Fahrradständer aufzustellen.

Begründung:

Der neugestaltete Eingang an der Westseite des Friedhofs wird von der Bevölkerung gut angenommen. Besucher, die mit dem Fahrrad kommen, möchten diese sicher verwahren und an den bewährten Fahrradständern anschließen können.

Daher sollten mindestens zwei dieser Fahrradständer aufgestellt werden.

Stellungnahme der Ortsverwaltung:

Nach Prüfung der Ortsverwaltung ist es möglich, zwei Fahrradständer am westlichen Eingang des Friedhofes aufzubauen.



Noch mehr Fahrradbügel sind aus Platzgründen an dieser Stelle nicht möglich.

Die Anlehnbügel, die verwendet werden, sind die gleichen wie vor dem Rathaus 2, der BGS

und der Niddastraße 6.



Behandlung im Ortschaftsrat:

OSR Stutter erklärt, ihre Fraktion habe sich gefreut, dass zwei Fahrradbügel aufgestellt werden sollen.

OSR Haschka erwidert, die Aufstellung eines Bügels sei ausreichend, wenn dieser von der Mauer weggerückt und um 90 Grad gedreht werden würde. Dann könnten zwei Fahrräder abgestellt werden.

Herr Müller schließt eine Aufstellung der Fahrradständer im 90 Grad-Winkel aus, da relativ viele Autos auch von oberhalb des Friedhofs kämen und dadurch eine mögliche Unfallquelle geschaffen würde.

Beschluss:

Der Ortschaftsrat beschließt einstimmig die Aufstellung von zwei Fahrradbügeln in der von der Ortsverwaltung vorgeschlagenen Weise.

Zu Punkt 365 der TO: **Abgabestelle für Komposterde am Friedhof Eingang West (Antrag der SPD-Fraktion)**

Die SPD-Fraktion hat beantragt:

Die Ortsverwaltung wird beauftragt, im Bereich des neugestalteten Westeingangs am Friedhof Grötzingen einen Behälter aufzustellen, aus dem kostenlos Komposterde entnommen und für die Grabpflege genutzt werden kann.

Begründung:

Bereits vor der Neugestaltung befand sich vor dem Eingang eine kleine Fläche, die regelmäßig mit Komposterde befüllt wurde. Diese konnte von Angehörigen zur Grabpflege verwendet werden.

Besonders für ältere Mitbürger/innen hat das die Grabpflege erheblich erleichtert, da ihnen so der umständliche Weg zur Kompostierungsanlage Grötzingen erspart blieb.

Stellungnahme der Ortsverwaltung:

Grundsätzlich wäre es möglich, eine kleine Fläche bereitzustellen und regelmäßig mit Komposterde zu befüllen.

Diese Vorgehensweise würde jedoch enorme Probleme mit sich bringen, da die Komposterde qualitativ minderwertige Erde ist. Da diese nicht ausreichend aufbereitet und behandelt wurde, hätte dies zur Folge, dass auf dem Friedhof auch andere Pflanzenarten (Unkraut) massiv wachsen würden. Der Eintrag von ungewünschten Pflanzenarten wird damit gefördert, was auch einen enormen Pflegeaufwand für den Friedhof bedeutet. Speziell nachdem Unkrautvernichtungsmittel beim Friedhof und dem Gartenbauamt nicht mehr verwendet werden dürfen, sind wir jetzt schon personell mehr als ausgelastet bei der Pflege des Friedhofs.

Die Verwaltung rät daher von einer kostenfreien Abgabe von Komposterde ab.

Behandlung im Ortschaftsrat:

OSR Stutter sagt, früher sei ein kleines Häufchen Erde vor der Umgestaltung vorhanden gewesen. Nun rate die Verwaltung von der Verwendung ab. An der Autobahn gebe es einen

Kompostplatz mit guter Erde. Ihrer Fraktion sei es nur um eine kleine Menge gegangen. Dies hätte man zwei Jahre ausprobieren können.

Herr Müller erwidert, derzeit werde die Erde zwischengelagert. Mit einem Angebot von Erde würde die Ortsverwaltung, so Herr Müller weiter, den Friedhofsgärtnern das Geschäft streitig machen. Die Friedhofsgärtner wären im Übrigen bereit, Säcke mit Blumenerde den Angehörigen vor das Grab zu legen.

OSR Siegele sieht darin eher eine Philosophiefrage. Er wolle lieber den fehlenden Grüncontainer in Grötzingen Süd in Erinnerung rufen. Er sehe aufgrund der Dimensionen der ausbetonierten Bereiche, hier den Bürgern die Möglichkeit zu bieten, Grünschnitt aus dem Garten einzuwerfen.

Herr Müller antwortet, in diesem Bereich könne man schlecht wenden, so dass er davon abrate.

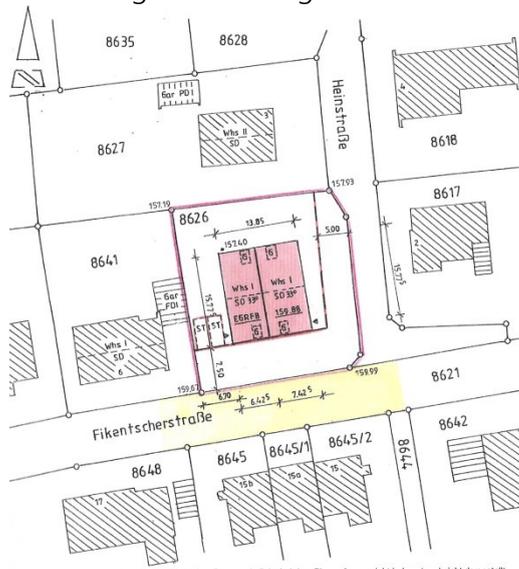
Beschluss:

Der Ortschaftsrat beauftragt die Ortsverwaltung mit 13 Ja- und fünf Nein-Stimmen, im Bereich des neugestalteten Westeingangs am Friedhof Grötzingen einen Behälter aufzustellen, aus dem kostenlos Komposterde entnommen und für die Grabpflege genutzt werden kann.

Zu Punkt 366 der TO: Bauanträge

a) Neubau eines Doppelhauses, Fikentscherstraße 6a, 6b

Das Bauvorhaben liegt im B-Plangebiet 494 Dausäcker



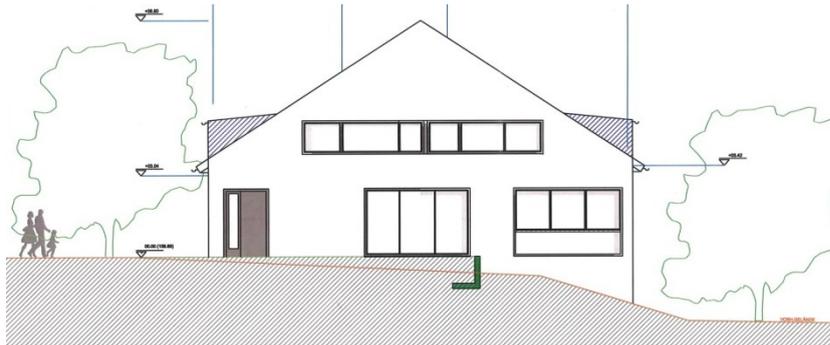
DG



Schnitt



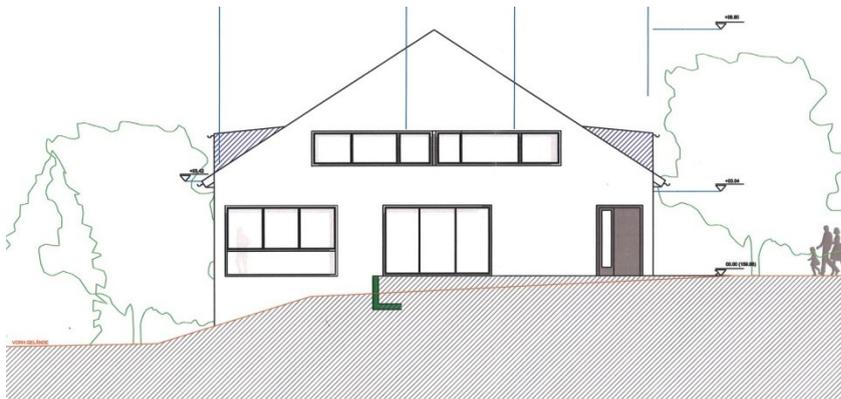
Ansicht Süd



Ansicht Ost



Ansicht Nord



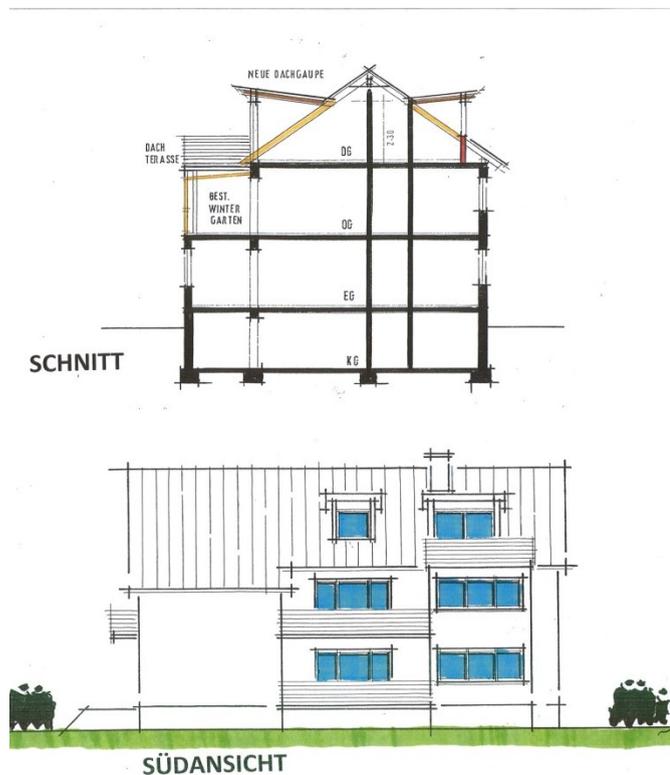
Ansicht West

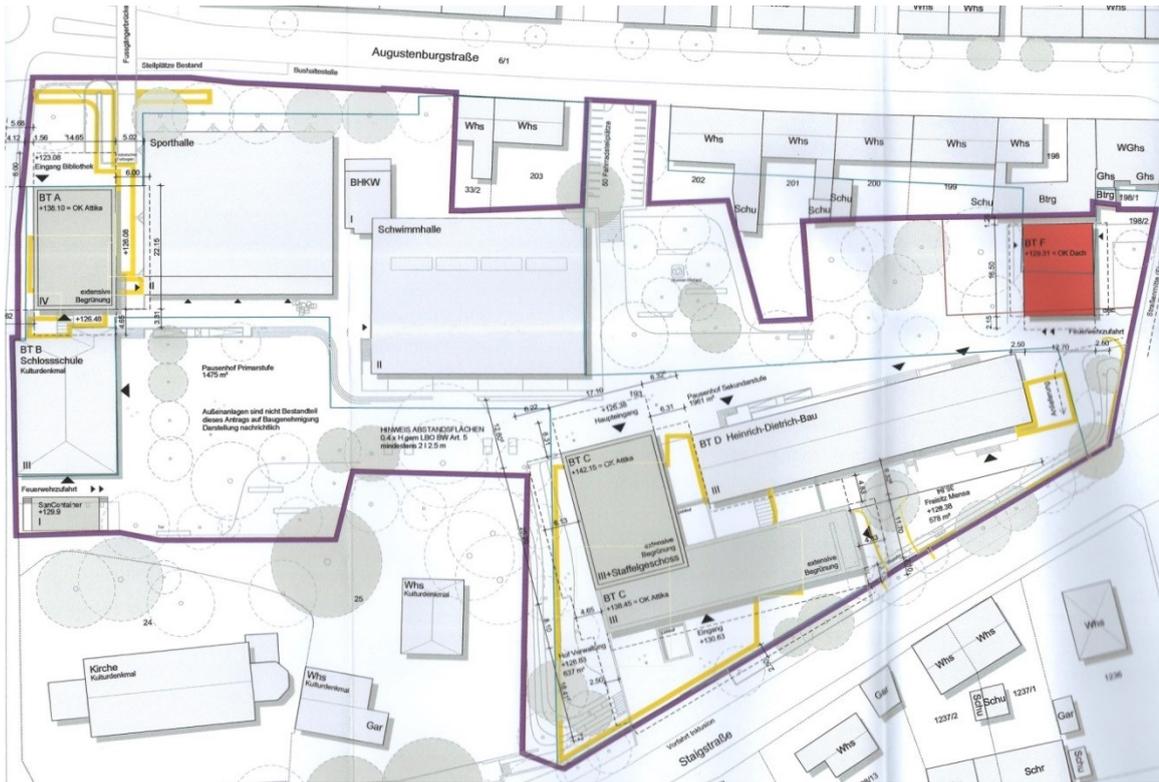
Herr Müller erläutert, das ursprünglich vorgesehene Flachdach wurde vom Bauordnungsamt abgelehnt. Gegen das nun vorgesehene Satteldach sei nichts einzuwenden. OSR Haschka hat kein Verständnis dafür, dass in der näheren Umgebung ein Tonnendach genehmigt, hier jedoch ein Flachdach abgelehnt wurde.

Beschluss: Der Ortschaftsrat billigt das Vorhaben einstimmig.

**b) Antrag auf Baugenehmigung
Ausbau des Dachgeschosses, Einbau von drei Gauben und Wintergarten
Augustenburgstraße 112**

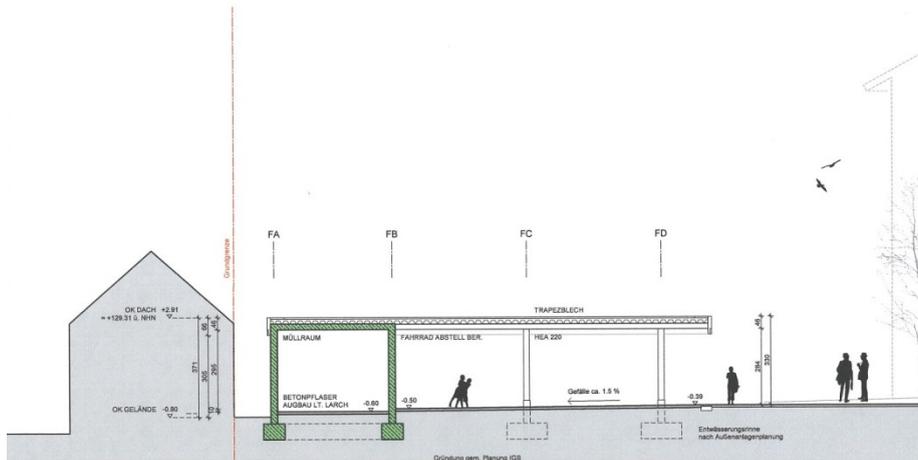
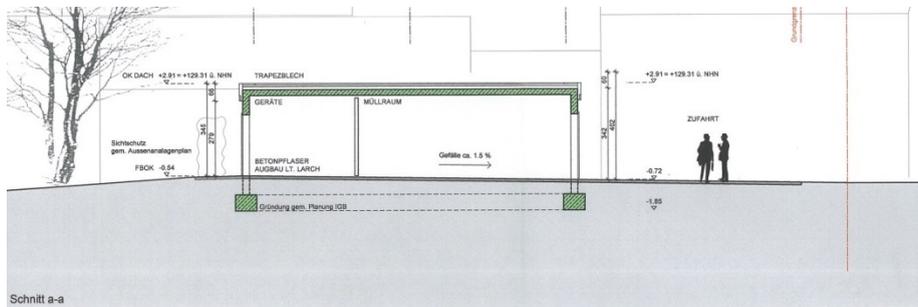
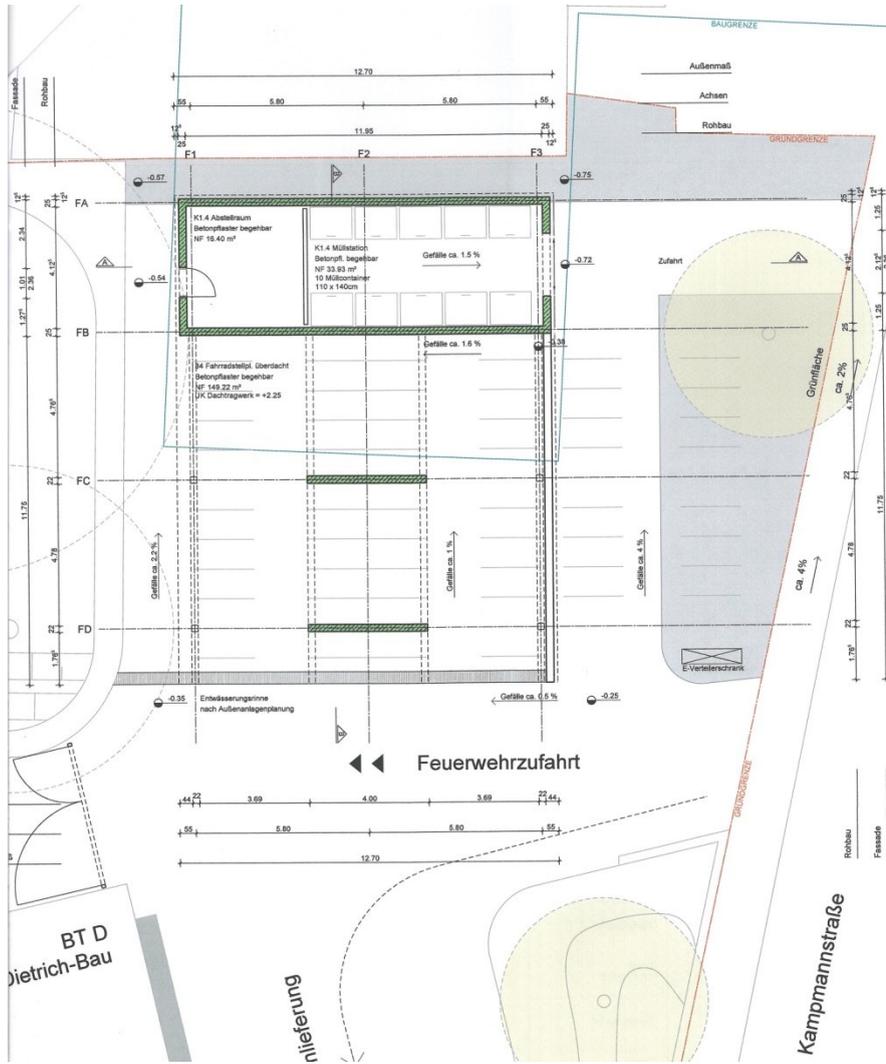
Das Bauvorhaben liegt im B-Plangebiet 694 Augustenburgstraße / B10

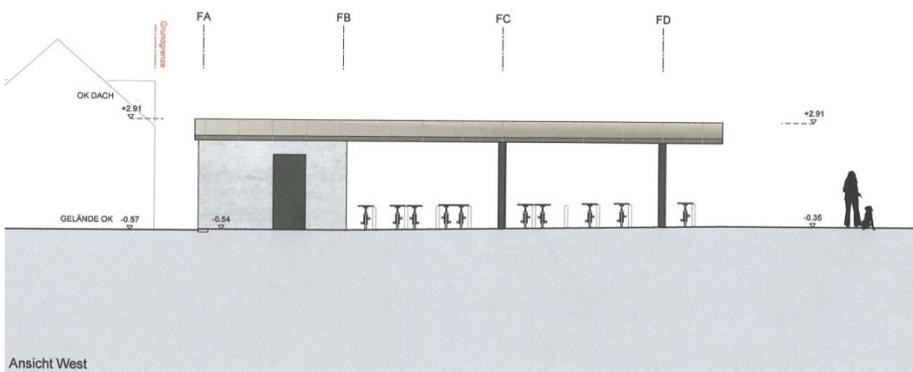
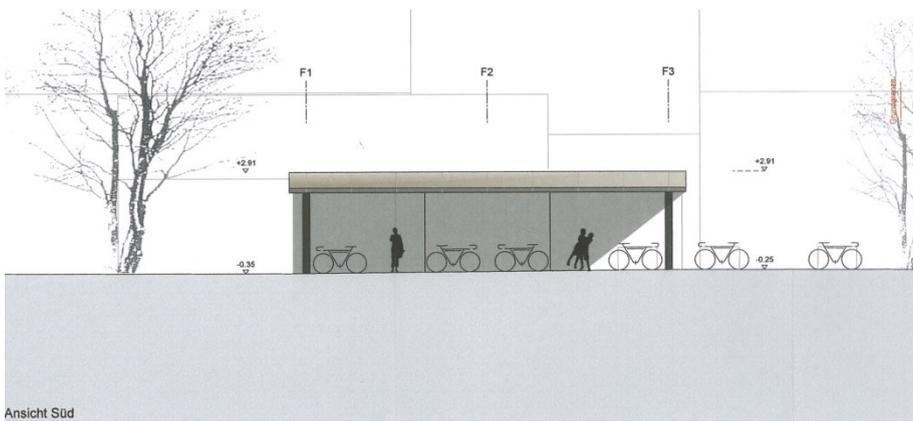
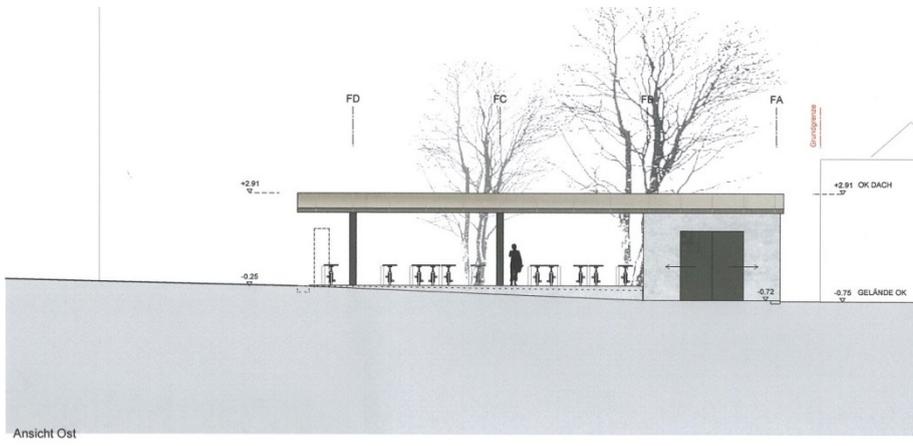
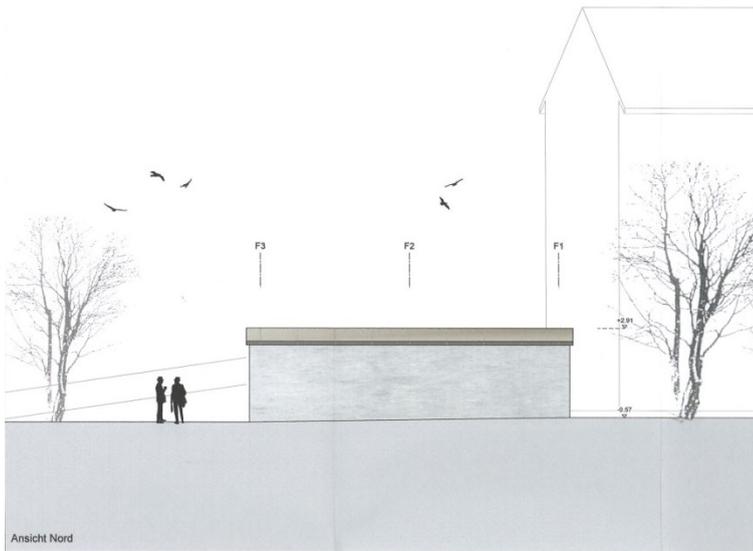




Übersichtplan 1







Behandlung im Ortschaftsrat:

Herr Dürr erläutert, dass ein einheitlicher Pflasterbelag das Bild des Schulhofes bestimmen soll. Beim Fahrradständerplatz Ost werden auch Unterstellmöglichkeiten für die Garten AG der Schule ausgewiesen. Er habe die Ausschreibungsunterlagen unmittelbar vor der Sitzung fertig gemacht. Die Realisierung dürfte ca. im Mai 2018 erfolgen. Er gehe davon aus, dass der Parkplatz bei der Augustenburgstr. 20 bis Ende 2018 neu angelegt werden könne.

OSR Pepper zeigt sich irritiert, da sie Pläne gezeigt bekommen habe, die mit den nun vorliegenden nicht übereinstimmten. Sie begrüßt, dass die Anregung der Schulgarten-AG umgesetzt werde. Zur Schulhoffläche vor der Bibliothek habe der Ortschaftsrat noch nie eine Ansicht gezeigt bekommen. Sie wolle wissen, so OSR Pepper weiter, wie das aussehen werde. Herr Dürr antwortet, ihm lägen dazu keine Pläne vor.

OSR Fettig dankt Herrn Dürr, bringt aber seinen Ärger hinsichtlich des Übergangs über die Augustenburgstraße zum Ausdruck. Die Schüler sollten nach dem Wunsch des Ortschaftsrates direkt in den Schulhof kommen. OVS Eßrich erklärt, darüber habe sie in früheren Sitzungen informiert. In die „Baurunde“ der Stadt sei das Votum des Ortschaftsrates mitgenommen worden, nach eingehender Diskussion sei man jedoch der Anregung des Grötzingener Gremiums nicht gefolgt.

Herr Dürr ergänzt, es habe auch die technische Notwendigkeit gegeben, dass der Steg zwischen den Gebäuden nicht in den Schulhof weitergeführt werden könne. Der Hochbau benötige den Platz für die Verschalungen. Der Treppenabgang an der Augustenburgstraße sei der beste gestalterische Kompromiss gewesen.

OSR Ritzel bemängelt, dass bei den überdachten Fahrradständern im nordöstlichen Schulhofbereich auch Müllbehälter untergebracht werden, zumal hier der Zugang zum Garten vorhanden ist, und infolgedessen Fahrräder auch im Freien abgestellt werden müssten.

Herr Dürr erwidert, zu diesem Standort gebe es infolge der Höhensituation und des starken Gefälles der Kampmannstraße keine Alternative. Die Müllbehälter könnten hier relativ waagrecht eingehaust werden. Dies sei aus Geruchs- und hygienischen Gründen notwendig und könne an dieser Stelle funktional etwas versteckt vorgenommen werden. Seines Erachtens reichten die Fahrradabstellplätze bei schlechtem Wetter mit Sicherheit aus.

OSR Weingärtner interessiert, ob die Schüler Zugang zum Bereich hinter der Mensa hätten. Die Ortsvorsteherin erklärt, dies sei grundsätzlich möglich, das Aufsichtspersonal müsse jedoch derzeit sicherstellen, dass das Tor geschlossen ist.

Herr Dürr bestätigt die Auffassung von OSR Weingärtner, dass das Konzept vom Gartenbauamt bald umgesetzt werden könnte, wobei er die Bereiche der Container aussparen müsse.

OSR Imscher führt aus, insgesamt handele es sich bei der Freianlagengestaltung um eine sehr gelungene Planung. Die Bewegungs- und Grünflächen würden den Gebäuden gut zugeordnet. Er habe etwa 120 Fahrradständer gezählt. Er möchte wissen, ob das der Stellplatzverordnung für Fahrräder an Schulen entspreche. Erfahrungsgemäß müsse man mit mehr Fahrrädern rechnen.

Herr Dürr erklärt, es seien mehr als 120 Fahrradständer im Schulhof vorhanden. Auch im südlichen Bereich des Heinrich-Dietrich-Gebäudes würden Fahrradständer untergebracht.

Auf die Frage von OSR Hauswirth-Metzger, ob das Dach der Fahrradabstellflächen begrünt werde, erwidert Herr Dürr, das sei leider aus statischen und Kostengründen nicht der Fall. Das Projekt stehe unter einem enormen Kostendruck, in allen Bereichen würden die Daumenschrauben angelegt.

OSR Hauswirth-Metzger betont, die Stadt handele damit entgegen den eigenen Richtlinien.

OSR Pepper sagt, das Regenwasser hätte mittels Gartentonnen an diesen Gebäuden gesammelt werden können. Dies werde so umgesetzt, so Herr Dürr.

OSR Hauswirth-Metzger kommt auf den Steg in den Schulhof zurück und stellt heraus, dass der Steg vor dem Neubau bereits vorhanden war. Das Bibliotheksgebäude hätte auch so ge-

plant werden können, dass der Steg integriert ist.

Herr Dürr antwortet, das Raumprogramm sei vorgegeben gewesen.

Beschluss:

Der Ortschaftsrat stimmt dem Vorhaben unter der Maßgabe eines begrünten Daches des Fahrrad- und Müllhauses mit 16 Ja-, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung zu.

OSR Irmischer verlässt die Sitzung.

Zu Punkt 367 der TO: **Mitteilungen und Anfragen**

- a) Die Ortsvorsteherin gibt bekannt, dass das Stadtteilkulturkonzept vom Gemeinderat einstimmig verabschiedet wurde. Sie gibt den Glückwunsch und Dank des Gemeinderates weiter. Besonders gelobt wurde im Gemeinderat, dass die Kunstschaaffenden ein Thema selbst in die Hand nahmen und die beteiligten Ehrenamtlichen soviel Arbeit leisteten. Beindruckt hat weiter, dass ein bürgernahes Konzept erarbeitet wurde, Herausforderungen sehr gut herausgearbeitet und die vorgeschlagenen Maßnahmen gut erklärt wurden – diese betreffen auch die Kulturschaaffenden in der Stadt – von daher besteht dort der Wunsch, diese auch in Karlsruhe konkret anzugehen (z.B. Hygienevorschriften bei Vereinsfesten – Brauchtum, Räume für Kultur herzustellen). Hervorgehoben wurde weiter, dass es gut gelungen sei, sowohl die Kultur-Vergangenheit zu betrachten als auch die heutige vielfältige Kultur in Grötzingen in den Blick zu nehmen, so dass ein Orientierungsrahmen und eine Leitlinie geschaffen wurden. Die notwendigen Ressourcen müssten begründet sein, so dass kein Automatismus entstehe, aber Unterstützung werde erfolgen.
- b) Die Vorsitzende informiert über den aktuellen Sachstand der Sanierung des Fachwerkrathauses. Leider musste man zuletzt feststellen, dass ein Leck am Heizungsrohr im Erdgeschoss unter dem Rathaus vorhanden ist.
- c) Die Arbeiten des Schulhausneubaus, so die Ortsvorsteherin, liegen im Zeitplan. Sie verweist auf den ausliegenden 9. Zwischenbericht zum Bau der Augustenburg Gemeinschaftsschule. Derzeit erfolgen Fensterbau- und Fassadenarbeiten, Dachabdichtungs- und Stahlbauarbeiten. Im Inneren der Gebäude sind die Rohinstallationen der technischen Gebäudeausstattung und Trockenbauarbeiten in der Ausführung.
- d) Hinsichtlich der Begrünung der Südseite der Lärmschutzwand entlang der Gleise teilt die Vorsitzende mit, dass die Ausschreibung der Rankhilfen erfolgt ist. Die Ausführung und Bepflanzung sei bis März 2018 vorgesehen.
- e) Die Ortsvorsteherin informiert, dass ab Januar bis März 2018 in der Eugen-Kleiber-Straße der Kanal ausgewechselt und die Gehwege erneuert werden. Eine Information dazu an die Anwohner und die Presse folge noch.
- f) Die Stadtkämmerei, so die Sitzungsleiterin, habe bezüglich Grötzinger Erbschaftsmittel darauf hingewiesen, dass infolge Änderung der Hauptsatzung im April 2017 der Gemeinderat für den Beschluss über die Verwendung der Mittel zuständig ist. Eine Vorfinanzierung von Projekten durch Erbschaftsmittel ist nicht möglich, d.h. Erträge aus Verkäufen können dem Nachlass nicht wieder zugeführt werden, sondern müssten im Haushalt eingeplant werden.

Im Testament, das Grötzingen zur Alleinerbin erklärt, ist ausgeführt: "Nach Möglichkeit soll eine Spende für soziale und kirchliche Zwecke gegeben werden." Der Erblasserin war wichtig, dass von der Ortsverwaltung nach eigenem Ermessen ein größerer Betrag für wohltätige Zwecke zur Verfügung gestellt werden sollte. Die Erbschaftsmittel sollen daher verstärkt sozialen und caritativen Zwecken zukommen. Dies habe Auswirkungen z.B. auch auf die Finanzierung der Kulturmeile.

- g) OVS EBrich gibt bekannt, dass hinsichtlich Gehwegparkens in Grötzingen ein erstes Abstimmungsgespräch mit dem Stadtplanungsamt, Ordnungsamt und Tiefbauamt stattfand. Bislang sind ca. 15 Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern eingegangen. Ende Januar soll in einer Informationsveranstaltung ein Verwaltungsvorschlag in Grötzingen öffentlich vorgestellt werden. Danach könnten weitere Anregungen eingearbeitet und aufgenommen werden. Der drauffolgende Schritt wäre dann die Vormarkierung der vorgesehenen Parkflächen mit pinkfarbener Sprühfarbe. Eine endgültige Umsetzung des Konzeptes mit weißer Markierung und Beschilderung solle bis Mitte 2018 erfolgen.
- h) Die Ortsvorsteherin weist auf folgende Termine hin:
 - 24.12.2017 „Gemeinsam Heilig Abend feiern“ um 19 Uhr in der Begegnungsstätte
 - 28.12.-7.1.2018 20. Grötzinger Fotoausstellung in der Begegnungsstätte
 Ergänzend weist sie darauf hin, dass der vorgesehene Termin zur Begehung des Moores verwaltungsintern durchgeführt werde.
- i) OSR Siegele empfindet die kürzlich in der Bruchwaldstraße vor der Ampel zur Bundesstraße 3 vorgenommene Radmarkierung als kompliziert. Er regt an, dass in der örtlichen Presse darüber informiert werde.
- j) OSR Jäger kommt auf den Haushalt 2017, wie z. B. die Sanierung der Friedhofskapelle, zurück und möchte wissen, ob die Ortsverwaltung schon Sachen bestellt oder Ausschreibungen vorgenommen habe. Sie interessiert, was mit den Mitteln geschehe. OVS EBrich antwortet, dass 2018 die Umsetzung der Sanierung der Kapelle erfolgen werde. Außerdem sei die Ortsverwaltung konkret an der Ausweisung der Walkingstrecken sowie des Walkingparcours dran. Im Übrigen werde alles, was im Haushaltsplan angesetzt war, weiterverfolgt.
- k) OSR Umstädter teilt mit, dass die Anwohner in der Gustav-Hofmann-Straße nach der Anordnung des einseitigen Parkverbotes zwischen Rummstraße und Otto-Schließler-Straße nun auf der anderen Straßenseite parken. Herr Dehm informiert, die Ortsverwaltung habe diesen Umstand beim Winterdienst bemerkt und das Ordnungsamt daraufhin am 11.12.2018 ein beidseitiges Halteverbot verfügt.
- l) OSR Umstädter gibt die Information weiter, dass in der Verlängerung der Kirchstraße einige neue Parkplätze geschaffen wurden. Er freut sich darüber, dass diese Parkplätze auch den Kindergarteneltern der Kita Luisenhof zugute kommen.
- m) OSR Fettig legt dar, dass auf dem Niddaplatz noch ein Strahler installiert ist. Sofern nichts Weiteres aufgestellt werden soll, könnte dieser ausgeschaltet werden. Die Ortsvorsteherin teilt mit, dort sollte ein Pavillon aufgestellt werden.
- n) OSR Schuhmacher bittet darum, dem Ortschaftsrat die Ausführungen zu den Erbschaftsmitteln schriftlich zur Verfügung zu stellen.

- o) OSR Weingärtner dankt dafür, dass auf der Augustenburgstraße ein Piktogramm „Kinder“ aufgebracht wurde.
- p) OSR Weingärtner hat festgestellt, dass der Radweg am Waldrand Richtung Weingarten fast fertiggestellt wurde.
- q) OSR Weingärtner weist darauf hin, dass der Radweg am Baggersee sehr matschig sei.
- r) OSR Tamm informiert, dass Martin Engelmann erstmals in Grötzingen in der Begegnungsstätte Dia-Schauen zu Südeuropa und „Zu Fuß nach Rom“ anbietet, die besucht werden sollten. Damit werde das kulturelle Angebot im Ort erweitert.
Die Vorsitzende ergänzt, dass für März eine weitere Anfrage vorliege.
- s) OSR Stutter führt aus, dass zwischen Naturfreundehaus und dem Fraunhofer-Institut unter der Brücke Schotter wünschenswert wäre.

Vorsitzende

Ortschaftsrat

Protokollführer